

Usinger Anzeiger 07.03.2014

Gesprächsangebot

Es ist für die Damen und Herren der SPD im Altkreis Usingen und die Jusos natürlich einfacher, einen Artikel in die Zeitung zu setzen und alle sachlichen Argumente der Standortgegner als populistisch und falsch zu bezeichnen, als sich mit eben diesen an einen Tisch zu setzen und die Argumente auszutauschen! Fehlen da vielleicht die Argumente?

Sie beziehen sich auf den BUND-Flyer und zitieren Aussagen zur Rodungsfläche. Richtig jedoch ist, dass die für die Zuwegung notwendigen Rodungen in den Kalkulationen für die Genehmigung überhaupt nicht enthalten sind! Wir haben dies mit einer Schulklasse und einem „Modell“ nachgestellt. Sie wären erstaunt, wie viel Wald und Bäume weichen müssen, wenn Schwertransporte mit Überlänge und -breite kilometerweit durch den Wald fahren müssen.

Grundsätzlich frage ich mich als Sohn eines langjährigen SPD-Mitglieds, ob die SPD noch etwas mit dem Wort „sozialdemokratisch“ anfangen kann, geschweige denn danach handelt! Natürlich muss die Energiewende dezentral gestaltet werden. Dies bedeutet aber nicht, dass Windparks in allen Lagen und bar jeglichen ökologischen und ökonomischen Sachverstands durchgesetzt werden müssen. Die geplanten Windkraftanlagen sollen, so die Betreiber, im Rahmen der Direktvermarktung den Strom für mittelständische Industrie in Köln oder in Stuttgart erzeugen. Das ist also dezentral(!)?

Warum erzeugen die Städte und Kommunen den Strom nicht selbst und verkaufen ihn zu günstigen Preisen an die heimischen Bürger und Mittelständler? Das wäre aus meiner Sicht „sozialdemokratisch“! Davon abgesehen würde es dem „sozialen“ Gedanken der SPD-Gründerväter sicher näher kommen, wenn viele Bürger und Mittelständler profitieren, als dass wenige, meist ausländische, Großinvestoren die in Deutschland so attraktiven Subventionen „abgreifen“.

Und das „Totschlagargument“ Atomkraft steht ja wohl als Synonym für Populismus in dieser Debatte. Nicht die Bürgerinitiativen, nicht die Standortgegner, sondern die Damen und Herren, die einem persönlichen Gespräch seit Wochen und Monaten aus dem Weg gehen, und auf Briefe, Mails und Ansprache, zumindest in Neu-Anspach, nicht reagieren, glänzen hier mit teilweise gefährlichem Halbwissen und Populismus.

Hier noch einmal für alle Genossen zum Mitlesen: Ja zur Energiewende! Ja zur Windkraft! Ja zu erneuerbaren Energien! Ja zu dezentraler Energieerzeugung! Aber Nein zum Subventionsraubrittertum zulasten aller Bürger und Nein zur sinnlosen Naturzerstörung durch unwirtschaftliche Anlagen.

Matthias Höser
Neu-Anspach

Zuhören

Die Stellungnahme einiger SPD-Vertreter zeigen, wie sehr man ein Thema wie das der Windkraft verfehlen kann. Das passiert, wenn man es zur Ideologie macht. Auch auf die Gefahr, dass Nachhilfeunterricht nichts mehr bewirkt, gilt dies: Wer nicht mehr unterscheiden kann – oder will –, ob es um die Windenergie generell geht, die nicht infrage zu stellen ist, oder um die Standortverträglichkeit, der entzieht sich einer differenzierten Betrachtung. Wer die Schäden im Hochtaunus außer Acht lässt, handelt fahrlässig. Wer die propagierten Kapitalgewinne zum alleinigen Maßstab macht und die Rechnung nicht zu Ende kalkuliert, geht finanziell trotz Warnung unübersehbare Risiken ein. Wem das Identitätsbewusstsein der Bürger mit ihrem Lebensraum egal ist oder nur als eine „Geschmackssache“ bewertet und die Hochtaunuslandschaft misshandelt lässt, nur um die Windkraft zu nutzen, der lege sich folgende Frage vor: Bin ich bereit, auch die Windhöflichkeit der Almböden als Standorte für die Monstergeneration der Windkraftanlagen in den Gebirgsbereichen am Nebelhorn, am Watzmann, an der Zugspitze oder gar auf der Seiser Alm zu akzeptieren?

Ich bin sicher, dass es in allen demokratischen Parteien klar- und weitsichtige Mitglieder gibt, die als Gewählte genügend kritisches Denkvermögen verfügen, um (den Kabarettisten) Werner Schneyder zu beherzigen: „Politiker rechnen so sehr mit der Stimme des Wählers, dass sie nicht dazu kommen, sie zu hören“.

Eugen Ernst
Neu-Anspach